

Kölnische Rundschau vom 16.04.2015, S. 2

Die Probleme bleiben ungelöst

Geld und Bearbeitungszeiten auf der Tagesordnung des NRW-Flüchtlingsgipfels

VON WILFRIED GOEBELS

DÜSSELDORF. Nicht genug Geld, zu wenig Platz: Beim zweiten Flüchtlingsgipfel in NRW sind die neuen Probleme auch die alten. Sieben Monate nach Gipfel Nummer eins wurden die langen Bearbeitungszeiten der Asylanträge im Bund zum beherrschenden Thema.

Im März 2015 lagen 200 000 unbearbeitete Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – trotz einer Aufstockung der Mitarbeiterzahl um 650 Stellen – sind das doppelt so viele wie vor einem Jahr.

NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) machte eine Rechnung auf: Wenn die Bearbeitung der Asylanträge von heute sechs auf drei Monate verkürzt würde, könnten die Städte die Kapazitäten der Flüchtlingsheime um die Hälfte reduzieren.

Zwei Stunden haben 30 Vertreter von Parteien, Kommunen, Flüchtlingsorganisationen und Kirchen über die wachsenden Flüchtlingsprobleme diskutiert. Wer verbindliche Zusagen des Landes erwartet hatte, wurde enttäuscht.

Kein frisches Geld: Dafür eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen und weitreichende Forderungen an den Bund. Auch die überfällige Festlegung von Mindeststandards in Aufnahmeeinrichtungen ist noch in der Abstimmung. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

räumte ein, dass die „Kommunen am Rand ihrer Möglichkeiten“ angelangt seien.

Deshalb soll der Bund künftig die Kosten für geduldete Flüchtlinge übernehmen.

Vorwürfe, dass zu wenig abgelehnte Asylbewerber das Land wieder verlassen, ließ Kraft nicht gelten. Fast 90 Prozent der Menschen ohne Aufenthaltsstatus gehen aus NRW freiwillig – immerhin 2969 abgelehnte Bewerber wurden 2014 aus NRW in ihre Heimatländer „zurückgeführt“, also abgeschoben. Das sei der höchste Wert in Deutschland, betonte Jäger. In der Runde

wird eine Idee „geboren“: NRW setzt auf mehr Familienzusammenführung. Künftig soll bei der Zuweisung von Flüchtlingen berücksichtigt werden, wo bereits Verwandte leben. NRW rechnet in diesem Jahr mit insgesamt 60 000 neuen Asylbewerbern.

Sorgen bereiten den Vertretern der Kommunen auch die steigenden medizinischen Ausgaben der Gemeinden für Flüchtlinge.

Hier erwarten Land und Kommunen zusätzliche Anstrengungen des Bundes. Schließlich handele es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe.

Bei der Sprachförderung für Erwachsene will und muss NRW aktiver werden. Zudem plant Sozialminister Guntram Schneider (SPD) ein „Will-

kommenspaket“ in mehreren Sprachen, um Flüchtlingen den Weg durch den Behördenschungel zu erleichtern.

Sauer reagierten die Kommunen darauf, dass die Kostenerstattung für die Unterbringung der Flüchtlinge weiter nach den veralteten, niedrigeren Zahlen des Vorjahres erfolgt. „Die Situation wird zunehmend schwieriger“, klagte Städtetags-Geschäftsführer Stephan Articus. Aus Sicht der Kommunen werden Flüchtlinge zu schnell – oft nach nur 14 Tagen – aus Landeseinrichtungen auf die Kommunen verteilt.

CDU-Innenexperte André Kuper nannte den Gipfel „äußerst ernüchternd“. Die Koalition habe sich einmal mehr darauf beschränkt, neue Forderungen an den Bund zu richten.

Hilfe notwendig

WILFRIED GOEBELS, Düsseldorf, zu den Flüchtlingen

Der zweite nordrhein-westfälische Flüchtlingsgipfel hat bestätigt, dass es angesichts der millionenfachen Flucht aus den weltweiten Krisengebieten keine schnellen und einfachen Lösungen gibt. Noch auf Jahre muss das Land für die steigende Zahl der Asylbewerber neue Erstaufnahmen bauen, Lehrer bereitstellen, Erzieher finanzieren und die medizinische Versorgung verbessern.

Der finanzielle Druck wächst. Wer aber die Dramen der Bootsflüchtlinge im Mittelmeer sieht, der weiß, dass es zur Hilfe keine Alternative gibt. Die Hauptlast bei der Versorgung der Flüchtlinge tragen Kommunen und Kreise. Obwohl es sich um eine gesamtstaatliche Aufgabe handelt, bekommen die Städte oft nicht einmal 20 Prozent ihrer Kosten von Bund und Land erstattet.

Dass Ministerpräsidentin Hannelore Kraft keine neuen Finanzhilfen angeboten hat, haben die Städte enttäuscht registrieren müssen. Auch hätte der Bund mit an den Gipfeltisch in NRW gehört, weil die Bearbeitung der Asylanträge immer noch fast sechs Monate dauert. Wenn jeder zweite Bewerber aus einem der „sicheren“ sechs Balkanstaaten ohne jegliche Aussicht auf Anerkennung

kommt, dann muss das Verfahren dringend beschleunigt werden. Es ist wirklich unsinnig, diese Menschen vor der Rückführung auch noch auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu verteilen.

Noch immer fehlen im Land zwischen Rhein und Weser verbindliche Standards in Aufnahmeeinrichtungen. Nach dem Skandal in Burbach werden die Flüchtlingsheime schärfer kontrolliert. Aber auch das hat nicht verhindern können, dass die Zahl der Anschläge auf Asylheime zugenommen hat.